

**Antrag Nr. 7**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 168. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 3.5. 2017**

## **Aktive Solidarität mit den türkischen Gewerkschaften und politischem Widerstand**

Mit dem Referendum vom 16. April hat Erdogan sein großes Projekt, den Umbau der Türkei in eine – verharmlosend „Präsidialsystem“ genannte – Präsidialdiktatur „vollendet“ und dieser unter Verhältnissen des Ausnahmezustands, Staatsterrors, Kriegs und einer drakonischen Repressionswelle sowie rigorosen Wahlmanipulationen eine konstitutionelle Institutionalisierung verschafft. Faktisch nahm der türkische Präsident die neue Verfassung bereits seit Längerem vorweg und regierte bzw. regiert auf Boden der mehrfachen Proklamation des – gerade wieder für weitere drei Monate verlängerten – Ausnahmezustands per Notsandsverordnung und Dekret.

Eine Entwicklung die an die unseligsten Kapitel unserer eigenen Historie erinnert und, wie einst etwas Pinochet's Chile, alle Demokraten, Antifaschisten, Internationalisten und VertreterInnen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angeht. Denn, um es mit Mithat Sancar, Prof. für Völkerrecht und türkischer Parlaments-Abgeordneter, auszudrücken: Erdogan, die AKP und MHP sind Teil der `internationalen Rechten` – auch wenn sich deren Protagonisten „gegenseitig nicht mögen“.

Die Drohung des türkischen Premiers Yildirim, wer sich dem reaktionären Umbau der Türkei widersetzt „wird ausgelöscht“, ist denn auch alles andere als eine Verbalinjurie, sondern erklärt die zentralen politischen und bürgerlichen Grundrechte für suspendiert und Andersdenkende aller Couleur für vogelfrei.

Dementsprechend wurden in den letzten Monaten bekanntlich auch zahlreiche GewerkschaftsfunktionärInnen und –mitglieder verhaftet. Und die politische und gewerkschaftliche Lage eskaliert weiter. Auf Fahrettin Yokus, dem Vorsitzenden der türkischen Angestelltengewerkschaft, wurde nach seinem Aufruf gegen die

Verfassungsänderung ein Schussattentat verübt. Das Büro des Bundes der Beamten-gewerkschaft wiederum wurde verwüstet, nachdem dessen Vorsitzender Ismail Koncuk sein „Nein“ zur Verfassungsänderung erklärte.

Parallel wurde den Arbeitenden und Gewerkschaften das Streikrecht entzogen und Streiks anlässlich der gescheiterten Tarifverhandlungen in der Elektro- und metallverarbeitenden Industrie und dem daraufhin in Urabstimmungen gefällten Streikbeschluss mit dem Verweis auf den Ausnahmezustand für illegal und verboten erklärt.

Gleichzeitig wurden seit Erdogans Gegenstaatsstreich letzten Sommer über Hunderttausend Andersdenkende aus dem Staatsdienst entfernt – allein in Diyarbakir über 4.000 LehrerInnen. Zieht man die beschlagnahmten zivilen Firmen hinzu, verloren bisher mehr als 125.000 Beschäftigte in der über das Land rollenden Hexenjagd ihren Job.

Umso erforderlicher ist jetzt auch die aktive internationale Solidarität mit den GewerkschafterInnen in der Türkei, der kämpferischen Arbeiterbewegung wie Linken und dem anhaltenden breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Präsidialdiktatur.

**Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

*- Die AK Wien unterstreicht erneut ihre Resolution vom 14. November 2016 zur Lage in der Türkei und bemüht sich, die erforderliche aktive internationale Solidarität in entsprechende Formen, Aktivitäten und Hilfestellungen auf unterschiedlichsten Ebenen zu gießen.*